

# NAHE AN DER SPREE

Ihr Newsletter aus dem Deutschen Bundestag



*Liebe Freundinnen und Freunde,*

die Woche startete in vielen Teilen Deutschlands mit einem extremen Wintereinbruch: Zahlreiche Züge fielen aus, Menschen mussten bei eisigen Temperaturen in ihren Autos ausharren. Auch in meiner Heimat und in Berlin schneite es, teilweise ist es immer noch bitterkalt. Normalerweise hätte am Donnerstag die Fastnacht begonnen, Helau an dieser Stelle an alle Narren. Auf bunte Karnevalsfeiern und fröhliche Umzüge müssen wir leider verzichten. Stattdessen finden dieses Jahr Büttenreden und Karnevalsveranstaltungen digital statt. Mir fehlt die Fastnacht, angesichts der Corona-Infektionszahlen und der veränderten Varianten des Virus sind die digitalen Alternativen aber absolut notwendig. Angemessen sind auch die verlängerten Corona-Maßnahmen, da wir erst langsam auf einem guten Weg sind, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Geduld ist gefragt, bleiben Sie gesund!

Viel Freude beim Lesen!

Ihre

*Antje Lezius*

Halten Sie die Printausgabe in Händen und möchten meinen Newsletter zukünftig digital lesen? Abonnieren können Sie ihn unter [www.antje-lezius.de](http://www.antje-lezius.de) oder durch das Einscannen des QR-Codes.





## **Verlängerte Corona-Maßnahmen**

Die Corona-Fallzahlen sinken, gleichzeitig breiten sich ansteckendere Varianten des Corona-Virus aus. Aufgrund dessen haben Bund und Länder am Mittwoch beschlossen, die geltenden Corona-Maßnahmen bis zum 7. März zu verlängern. Das bedeutet: Private Treffen sind weiterhin nur im eigenen Haushalt und mit maximal einer weiteren nicht im Haushalt lebenden Person gestattet. Im ÖPNV und beim Einkaufen gilt die Pflicht zum Tragen von OP-Masken oder Masken der Standards KN95 oder FFP2. Arbeitgeber müssen Beschäftigten überall dort, wo es möglich ist, Homeoffice ermöglichen. Auf nicht notwendige private Reisen und Besuche ist zu verzichten.

Was ändert sich? Die einzelnen Bundesländer entscheiden über die schrittweise Rückkehr zum Präsenzunterricht und die Ausweitung des Kita-Angebots. Friseure können ab dem 1. März unter strengen Auflagen wieder öffnen. Der nächste Öffnungsschritt kann durch die Länder bei einer stabilen Inzidenz von maximal 35 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner erfolgen. Dieser soll die Öffnung des Einzelhandels umfassen, darüber hinaus Museen und Galerien sowie die noch geschlossenen körpernahen Dienstleistungsbetriebe. Eine Übersicht über die Bundesländer-Beschlüsse finden Sie hier: <https://bit.ly/3q6Euui>

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben vereinbart, am 3. März 2021 erneut zu beraten.



## **Mehr Lademöglichkeiten für Elektroautos**

Elektroautos sind auf dem Vormarsch. Angeschoben von staatlicher Förderung und größerer Auswahl hat sich die Zahl der neu zugelassenen Elektroautos in Deutschland im vergangenen Jahr verdreifacht. 194.000 rein batterieelektrische Pkw sind neu zugelassen worden. Der Ausbau der Elektromobilität in Verbindung mit regenerativ erzeugtem Strom ist ein entscheidender Baustein, um im Verkehrssektor CO<sub>2</sub> einzusparen. Voraussetzung dafür ist der massive Ausbau von Ladepunkten. Der Bundestag hat deshalb das so genannte Gebäude-Elektromobilitätsinfrastrukturgesetz verabschiedet. Im Fokus stehen Neubauten und größere Renovierungen von Wohn- und Nichtwohngebäuden. Abhängig von der Anzahl der Parkplätze werden Vorgaben für die Schaffung vorbereitender Leitungsinfrastruktur gemacht. Nach dem 1. Januar 2025 ist zudem jedes Nichtwohngebäude mit mehr als zwanzig Stellplätzen mit mindestens einem Ladepunkt auszustatten. Ausnahmen bestehen unter anderem für Nichtwohngebäude, die sich im Eigentum von kleinen und mittleren Unternehmen befinden und überwiegend von ihnen selbst genutzt werden.

Ich bin überzeugt davon, dass der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektroautos dazu führen wird, dass sich noch mehr Menschen für ein Elektroauto entscheiden, sowohl in Großstädten als auch in ländlichen Regionen wie in meiner Heimat.





## **Westbalkanregelung – AfD versucht, Ängste zu schüren**

Am Mittwoch wurde im Plenum der Antrag der AfD "Inländische Arbeitskräfte zuerst - Verlängerung der Westbalkanregelung zurücknehmen" diskutiert. Die Regelung wurde 2016 eingeführt, um es Arbeitern aus dem Westbalkan zu erleichtern, in Deutschland ein Arbeitsvisum zu beantragen und im Dezember verlängert. Wichtig sind die Arbeitskräfte aus dieser Region vor allem für das Baugewerbe sowie für die Gastronomie. Alle Studien haben ergeben, dass die Regelung für den deutschen Arbeitsmarkt ein Erfolgsrezept ist. Gerade einmal 1 Prozent der über dieses Visum eingereisten Arbeitnehmer beziehen später Sozialleistungen.

Was sind die Voraussetzungen für das spezielle Arbeitsvisum: Ein verbindliches Jobangebot, die Person darf in den letzten 24 Monaten keine Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen haben, es findet eine Vorrangprüfung statt, was heißt, ein Visum wird nur erteilt, wenn kein deutscher oder EU-Bürger für die Arbeit in Frage kommt, die Arbeitsbedingungen müssen dem deutschen Standard entsprechen, also darf es zum Beispiel keine Dumpinglöhne geben. Wird auch nur eines der Kriterien nicht erfüllt, ist eine Einreise ausgeschlossen.

Warum verlangt die AfD jetzt, während wir mit dem Wohnungsbau und der Infrastrukturerneuerung nicht nachkommen, diese erfolgreiche Praxis zu beenden? Weil sie Ängste vor Ausländern schüren will. Mit dem Baugewerbe und den Handwerksbetrieben vor Ort scheint sie hingegen nicht zu reden.

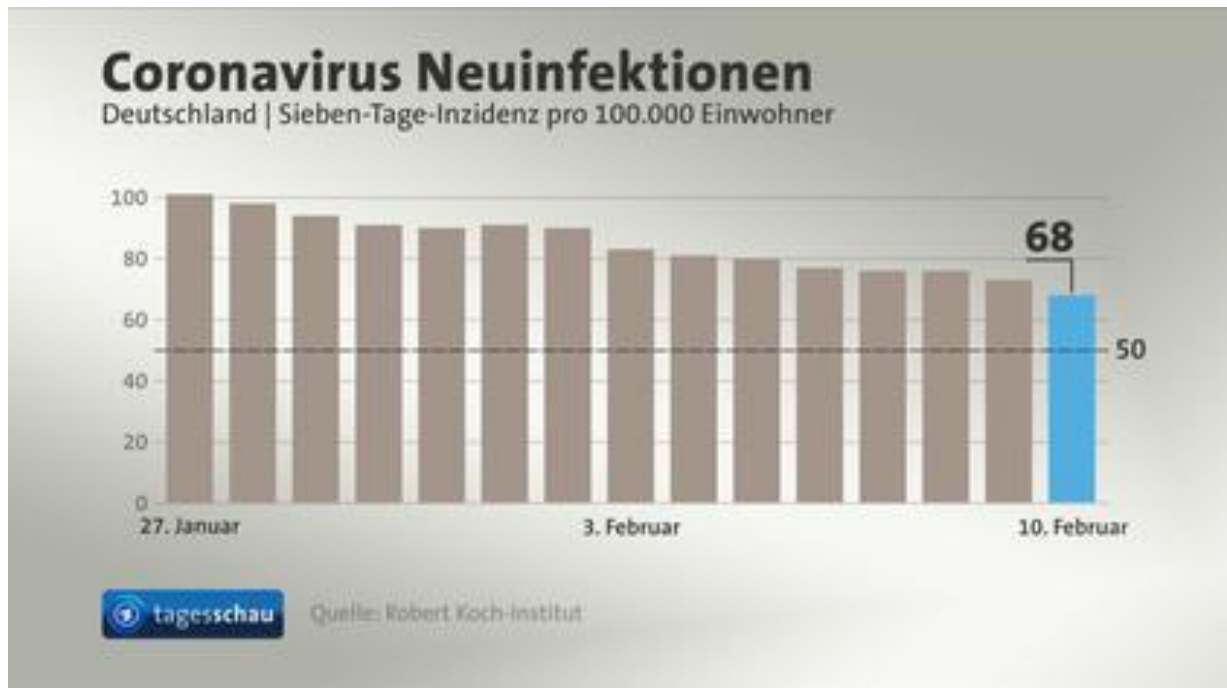


## **Neue Datenstrategie der Bundesregierung**

Corona hat gezeigt: Ohne Datenaustausch zwischen Kliniken weltweit hätte es keine schnelle Impfstoffentwicklung gegeben. Das Interesse an verlässlichen Daten und ihrer richtigen Einordnung stieg in den vergangenen Monaten sprunghaft. Zudem helfen Daten beispielsweise dabei, ein ökologisches, ökonomisches und sicheres Mobilitätsumfeld zu schaffen. Durch intelligente, vernetzte Transportsysteme können Gefahren automatisiert erkannt werden. Über die neue Datenstrategie der Bundesregierung wurde am Freitag im Bundestag debattiert. Ziel der Strategie ist, die Digitalisierung in Deutschland unter gerechter Teilhabe aller voranzutreiben. Durch eine innovative und verantwortungsvolle Datenbereitstellung und -nutzung in Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft soll nachhaltiges Wachstum und Wohlstand in Deutschland gefördert werden. Gleichzeitig darf es nicht zu missbräuchlicher Datennutzung kommen. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion sprechen wir uns seit Langem dafür aus, eine Abkehr vom Prinzip der Datensparsamkeit hin zu einer Datensorgfalt anzustreben.

Insgesamt schafft die Strategie Freiräume für Forschung, neue Geschäftsmodelle und Kooperationen, wovon wir letztendlich alle profitieren.

## Schaubild zur Corona-Lage



## Zahl der Woche

-25...

...Grad: Mancherorts sank nachts die Temperatur bis unter minus 25 Grad. Extrem kalte Nächte liegen hinter uns. Die letzte vergleichbare Kältewelle trat von Ende Januar bis Mitte Februar 2012 auf.

## Kontakt

### **Bürgerbüro Bad Kreuznach**

Freiherr-vom-Stein-Str. 16  
55543 Bad Kreuznach  
Tel.: (0671) 92 02 97 33  
Fax: (0671) 92 06 50 93

### **Berlin**

Platz der Republik  
111011 Berlin  
Tel.: (030) 227 78152  
Fax: (030) 227 70152

### **Bürgerbüro Birkenfeld**

Weierbacher Str. 3  
55743 Idar-Oberstein  
Tel.: (06784) 98 373 55  
Fax: (06784) 98 373 56

### **Online**

[www.antje-lezius.de](http://www.antje-lezius.de)  
<https://de-de.facebook.com/AntjeLezius/>